

Einladung zu einem Runden Tisch

An alle Gruppen, Initiativen und Parteien, die sich für das Ziel der verfassungsgesetzlichen Regelung der Volksgesetzgebung [Initiative, Begehren, Entscheid] gem. GG Art. 20 Abs. 2 engagieren.

TOP: Vorbereitung eines gemeinsamen Projektes

**Liebe Freunde, liebe der Volkssouveränität verpflichtete Demokraten
in der Bundesrepublik Deutschland!**

1. Verschiedene medial recht gut beachtete politische Ereignisse im Juni und Juli diesen Jahres – Bundespräsidentenwahl und zwei Volksentscheide auf Länderebene – haben dem Thema »mehr direkte Demokratie« auch in der Öffentlichkeit mal wieder stärkere öffentliche Beachtung geschenkt.

Im Vorfeld der Bundestagswahl im Sommer des letzten Jahres hatte die Initiative »Volksgesetzgebung jetzt« das Thema der »dreistufigen Volksgesetzgebung« mit einer »Gretchenfrage« an alle Bundestagswahlkandidaten ins Spiel gebracht und an den dann gewählten 16. Deutschen Bundestag zum 9. November 2009 eine Petition eingereicht [Näheres dazu auf der Webseite www.volksgesetzgebung-jetzt.de/petition-2009]. Sie wurde bisher im Ausschuss noch nicht behandelt und liegt zur Zeit zur Stellungnahme beim Innenministerium des Bundes. Inzwischen hat im März diesen Jahres – allerdings ohne sich mit der die Petition tragenden zivilgesellschaftlichen Initiative zu vernetzen – DIE Linke einen Gesetzentwurf zur »dreistufigen Volksgesetzgebung« – im Bundestag eingebracht [<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701199.pdf>]; der Entwurf stammt im wesentlichen aus einem früheren Jahr [<http://linksfraktion.de/rede.php?artikel=1327692159>]. Diese Fraktion setzt sich bereits seit 1994, damals in Konsultation mit der *Demokratie-Initiative* ,94, für dieses Ziel ein. Neuerdings hat auch der SPD-Vorsitzende *Sigmar Gabriel* via BILD-Interview für »mehr Volksentscheide« plädiert, ohne daran zu erinnern, dass ja auch seine Partei schon 1994 einen entsprechende Gesetzesinitiative im Bundestag zur Abstimmung brachte. Wie sich im Zusammenhang des Aufflammens der jüngsten Debatte auch führende Bündnis-Grüne [auch ohne Bezugnahme auf die aktuelle Petition] für die Volksgesetzgebung auf Bundesebene aussprachen [die Grünen sind ja seit 1988 schon Unterstützer der »Dreistufigen«; wie im außerparlamentarischen Feld neben der Initiative »Volksgesetzgebung jetzt«, von welcher diese Bewegung 1983/84 mit einer ersten Petition ausging, seit 1986/87 auch der Verein »Mehr Demokratie« und die aus einem Kreis von Beuys-Schülern und -Freunden 1988 entstandene gemeinn. GmbH »Omnibus für direkte Demokratie in Deutschland, beides sozusagen Subgründungen von Aktivisten der damaligen Ursprungsinitiative [*Gerald Häfner, Brigitte Krenkers, Herbert Schliffka, Johannes Stüttgen*] sich für dieses Ziel engagieren. Hier wären weitere nicht genannte Organisationen oder Gruppen hinzuzufügen.

2. Nun hat u. a. Medienträgern im Zusammenhang dieser neu entfachten Debatte ums Plebiszit die ARD in ihrem DeutschlandTrend fürs Morgenmagazin am 23. Juli das Ergebnis publiziert, dass »drei von vier Deutschen mehr Volksabstimmungen auf Bundesebene wollen«. Im Netz hat die ARD in ihrem Format meta.tagesschau.de unter dem Titel »Mehrheit für mehr direkte Demokratie« eine Diskussions-Seite eröffnet [<http://meta.tagesschau.de/id/38702/mehrheit-fuer-mehr-direkte-demokratie>]. Seither läuft an dieser Stelle eine rege Debatte über das Für und Wider zum Element der plebiszitären Demokratie. Und weil dabei bereits mehrere gute Ideen und Vorschläge, wie man möglichst noch in der zweiten Hälfte dieses Jahres »Nägel mit den richtigen Köpfen« machen sollte aufgetaucht sind, halten wir es für geboten, diesen »Wind« aufzunehmen und möglichst gemeinsam die Segel zu setzen, um vielleicht noch in diesem Jahr den Feiern zum 20. Jahrestag der »deutschen Einheit« jenen *basisdemokratischen* Akzent hinzuzufügen, welcher der »friedlichen Revolution« im Herbst 1989 leider gefehlt hatte; obwohl doch die Devise »Wir sind das Volk« [aus *Ferdinand Freiligraths* Revolutionsgedicht »Trotz alledem« von 1848] wie keine zweite die Aufforderung hätte

sein müssen, nicht nur die *parlamentarische*, sondern auch die *plebiszitäre*, also die *komplementäre Demokratie* zu erobern [wie sie das GG auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009, RdNr 211 in seinem Artikel Abs. 20.2 festlegt und damit die Herbstrevolution 1989 in der DDR gleich als *gesamtdeutsche* zu vollenden].

3. Ist es im 20. Jahr der »deutschen Einheit« aber der unvollendet gebliebenen Revolution jetzt nicht der genau richtige Zeitpunkt, das Versäumte nachzuholen, wenn es schon »öffentlich-rechtlich« verkündet wird, dass »drei von vier Deutschen« doch genau dies wollen, denn »Volksabstimmungen auf Bundesebene« – eingebettet als letzte Stufe der dreistufigen Volksgesetzgebung« – ist nichts anderes als dieser Wille zur Vollendung der »Freiheitsrevolution« von 1989 durch die zeit- und demokratiegemäße verfassungsrechtliche Verankerung wahrer Volkssouveränität. [Auf der genannten Webseite der ARD werden für eine solche Perspektive bereits erste interessante Vorschläge gemacht [siehe a. a. O. *Praeceptor*, Do. 29. 7. 2010, 17:57].

4. Wir meinen, dass das um so eher gelänge, wenn jetzt alle in diese Richtung politisch wollenden Kräfte der Bundesrepublik sich koordinieren würden, um in einem ersten Schritt am runden Tisch grundsätzlich zu beraten, ob ein solches Projekt realisiert werden und wie es konkret aussehen könnte. Als Anregung für das zu Beratende seien hier zunächst drei Ausgangsfragestellungen genannt:

- Wenn wir zum 9. November 2010 einen **VOLKSENTSCHEID** zur dreistufigen Volksgesetzgebung anstreben würden [er müsste, des Sonntags wegen, am 7. 11. stattfinden]: Wäre es dann ein guter Vorschlag, dafür *vier Entwürfe* zur Abstimmung zu bringen – zwei aus dem Parlament und zwei von Seiten der Zivilgesellschaft?
- Wie wird über die Praeceptor-Idee gedacht, – in Anknüpfung an das »Hambacher Fest« von 1832, also aus der Zeit der Morgenröte der deutschen Demokratiegeschichte – eine solche Ur-Abstimmung 2010 mit einem bundesweiten, dezentral zu feiernden **VOLKSFEST** zu verbinden?
- Wie könnten wir durchsetzen, dass wenigstens in den öffentlich-rechtlichen Anstalten verbindlich – gem. ihrem Informations- und Bildungsauftrag – mindestens zwei Monate lang vor der Abstimmung eine **VOLKSDISKUSSION** über das Für und Wider der zur Abstimmung kommenden Vorschläge unter mitmoderierender Beteiligung von Vertretern/Vertreterinnen aus der Zivilgesellschaft, den Bundestagsfraktionen und der Sendeanstalten stattfinden kann?

Außerdem müssten natürlich zahlreiche weitere Fragen besprochen werden, um zu einer optimalen Realisierung der Idee zu kommen – wenn man sie realisieren wollte.

5. Um jetzt in der Ferienzeit einen nicht zu frühen Termin für einen ersten Runden Tisch vorzuschlagen, könnte aus unserer Sicht das letzte August-Wochenende, also der 28. und 29. 8. geeignet erscheinen. Wir könnten an diesem Wochenende das Humboldt-Haus des Internationalen Kulturzentrums Achberg [8 km nördl. Lindau], den Ort, von dem 1983/84 die neue Bewegung für direkte Demokratie durch Volksgesetzgebung in Deutschland ausging, zur Verfügung stellen [hier können bis zu 50 Teilnehmer verpflegt und untergebracht werden]. Natürlich ist es den eingeladenen Gruppen, Initiativen und Organisationen überlassen, wer aus ihren Reihen am Runden Tisch teilnehmen will. Wir bitten jedoch um *baldige Anmeldung per eMail*, damit wir den Bedarf und die vorhandene Kapazität aufeinander abstimmen können.

6. Schließlich bitten wir alle Eingeladenen, diesen Initiativbrief möglichst ohne längere Verzögerung an ihre Verteileradressen weiterzuleiten. Selbstverständlich sind auch alle Freunde der direkten Demokratie aus unseren europäischen Nachbarstaaten zur Beratung eingeladen. Soll es doch wie 1832 um ein europäisches Ereignis gehen.

communication@volksgesetzgebung-jetzt.de